

Antrag 306/I/2023

Jusos Berlin, AsF Berlin, AG Selbst Aktiv, SPDqueer Berlin, Georg Heyn, Max Landero, Leon Ottmüller
Der Landesparteitag möge beschließen:

**Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)**

Den Regenbogen kann man nicht verbieten – Verwaltung für alle Berliner*innen

1 Die SPD Berlin setzt sich aktiv dafür ein, dass die Ber-
2 liner Verwaltung alle Menschen gleichberechtigt adres-
3 siert. Das betrifft selbstverständlich Frauen und Männer
4 und ebenso trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre
5 Personen. Berlin ist die Stadt der Vielfalt und somit auch
6 Regenbogenhauptstadt – das muss sich auch im Verwal-
7 tungshandeln und in der Kommunikation aller Senats-
8 und Bezirksverwaltungen weiterhin und verpflichtend wi-
9 derspiegeln. Die Anwendung inklusiver und diversityge-
10 rechter Sprache ist dabei ein grundlegender Baustein ei-
11 ner modernen, weltoffenen Metropole.

12

13 Begründung

14 Sprache schafft Realität. Nur was sprachlich stattfindet,
15 existiert in den Köpfen der Menschen. Nur wo alle Ge-
16 schlechter gleichberechtigt genannt werden, werden sie
17 auch gleichberechtigt wahrgenommen. Dies haben zahl-
18 reiche Studien bereits belegt. Eine gleichberechtigte Ge-
19 sellschaft ist Kernanliegen der Sozialdemokratie. Eine we-
20 sentliche Voraussetzung dafür ist die gleichberechtigte
21 Wahrnehmung in der Gesellschaft und Nennung in unse-
22 rer Sprache.

23

24 Vor diesem Hintergrund hat sich der Berliner Senat qua
25 Geschäftsordnung dazu verpflichtet, Männer und Frauen
26 sprachlich gleichzustellen. Dazu gehört ein ausführlicher
27 Leitfaden, der konkrete sprachliche Formulierungen vor-
28 sieht. Einen Rückschritt hierbei dulden wir nicht. Die Aus-
29 weitung auf trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre
30 Personen muss nun folgen. Hierzu hat sich die SPD Ber-
31 lin auch bereits in ihrem LPT-Antrag 155/II/2022 „Gender-
32 gerechte und inklusive Sprache auch im Land Berlin“ be-
33 kannt. Eine Novellierung der GGO muss daher nun zügig
34 erfolgen.

35

36 Barrieren zur Verwaltung werden über eine einfache und
37 inklusive Sprache, mehrsprachige Angebote und zielgrup-
38 penorientierte Serviceleistungen abgebaut. Ein Gender-
39 verbot – wie in diesen Tagen diskutiert – baut diese Barrie-
40 ren nicht ab, sondern befriedigt allein reaktionäre Kräfte
41 und konterkariert Gleichstellung. Wir dulden nicht, dass
42 die „Gendersprache“ gegen andere wichtige Anliegen, wie
43 die Integration mehrsprachiger Neu-Berliner*innen, aus-
44 gespielt wird.